

Personalfragen; auch das Landesverteidigungsministerium, das sie erst nach dem Abschluß des Staatsvertrages bekommen hat. Sie will nicht das wirkliche Gleichgewicht in Regierung und Verwaltung; sie will, daß die Sozialisten ihr, der ÖVP, Übergewicht anerkennen.

Die ÖVP kann sich keineswegs darauf berufen, daß die Sozialisten auch in der neuen Regierung den Vizekanzler stellen würden. Denn der Vizekanzler hat kein Ressort, er vertritt nur den Bundeskanzler, wenn dieser nicht in Amt ist. Es bliebe also dabei, daß die ÖVP, in der Verwaltung weitaus stärker wäre, als die Wähler gewollt haben; die siegreiche Partei, die Sozialisten, die Partei, die um rund 30.000 Stimmen mehr bekommen hat als die ÖVP, wäre in Regierung und Verwaltung die schwächere Partei. So undemokratisch stellt sich die ÖVP, das Gleichgewicht vor!

Aber dazu hätte man am 10. Mai wählen müssen. Wenn alles so wie bisher bleiben soll, hätten die Wähler an diesem Tag ruhig zu Hause bleiben können. Zu dem, was die ÖVP nun begehrt, hat sie nach dem 10. Mai 1959 nicht das Recht. An diesem Tag haben die Wähler die Sozialisten zu gewinnen und die ÖVP zur Verlierenden gemacht. An diesem Tag haben die Wähler klar und deutlich gesagt, daß sie ein wirkliches Gleichgewicht und daß sie den Rechtsstaat, ein Gemeinwesen frei von Protektion und Korruption, wollen. Der Spruch der Wähler muß respektiert werden. Auch von der ÖVP. J. S.

Franz Förg ein Sechziger

Es entspricht ganz dem bescheidenen Wesen Franz Förgs, daß er seinen 60. Geburtstag nicht in Wien verbringt; er wollte allen Feiern ausweichen. Aber gerade diese Zurückhaltung macht es uns zur angenehmen Pflicht, der Öffentlichkeit zu sagen, was Förg für die Sozialistische Partei und für unser Verlagshaus in der Wienzeile bedeutet. Er hat dieses Haus von erstmalig als blutjunger Bursch im Jahre 1915 betreten in der Funktion eines radfahrenden Depeschenten in der Redaktion der Arbeiter-Zeitung. Irgend etwas gegen den gewaltigen Chefredakteur Auerwitz an dem jungen Förg; vielleicht sein aufgewecktes Wesen, vielleicht die Tatsache, daß er allen Zornesausbrüchen des Chefredakteurs standhielt. Schon nach zwei Jahren avancierte Förg zum Zeitungsbeamten, und er ist durch alle Stadien dieses Berufes gegangen, zu dessen repräsentativsten Vertretern er heute zählt. Seit einem Jahrzehnt wirkt er als Verlagsdirektor im „Vorwärts“-Haus mit unermüdlicher Hingabe an die mannigfaltigen Publikationsarbeiten vor allem unsere Arbeiter-Zeitung. Förg ist auch „Vorstandsmitglied“ der Druckerei „Vorwärts“, und wie sehr er bei seinen Berufskollegen angesehen ist, beweist seine Funktion als Vizepräsident des Verbandes der österreichischen Zeitungsherausgeber. Seit seiner Jugend ist Förg ein überzeugter Sozialist, dessen Ehrgeiz immer war, der „perfekte Vertrauensmann“ zu sein. Und wenn er auch heute im Parteivorstand sitzt, so fühlt er sich doch am meisten zu Hause im Kreise der Meidlinger Sozialisten, deren Bezirksvorstand er angehört.

So haben die Partei und die Arbeiter-Zeitung unserem Franz Förg viel zu danken. Wir verbinden damit die allerbesten Glückwünsche zu seinem Schicksal.

Die erste Nationalratssitzung

(Fortsetzung von Seite 1)

Dem Nationalrat soll vorgeschlagen werden, die gleichen Ausschüsse zu bestellen, die bisher bestanden haben. Die Zahl der Mitglieder der meisten Ausschüsse soll mit 25 festgesetzt werden, wobei je 12 Mitglieder auf die Sozialistische Partei und die ÖVP, und ein Mitglied auf die FPÖ entfallen werden.

Nur drei kleinere Ausschüsse, der Geschäftsausschuss, der Immunitätsausschuss und der Unverserbarkheitsausschuss, sollen aus 8 Mitgliedern — je 4 der ÖVP, und der SPÖ — bestehen. Für den Ständigen Untersuchungsausschuss sind 13 Mitglieder in Aussicht genommen, von denen je 6 auf die ÖVP und die SPÖ, und 1 auf die FPÖ entfallen. Schließlich soll vorgeschlagen werden, in den Ständigen gemeinsamen Ausschuss nach dem Finanzverfassungsgesetz, dem je 13 Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates angehören, von Seiten des Nationalrates 7 Mitglieder der ÖVP und 6 Mitglieder der Sozialistischen Partei zu wählen.

Hohe Auszeichnung zweier Kriegsoffiziere

Sozialminister Proch überreichte Freitag im Rahmen eines Festaktes leitenden Funktionären der Zentralorganisation der Kriegsoffiziere die höchsten Auszeichnungen. Vom Staatsoberhaupt verliehenen Auszeichnungen für Verdienste um die Republik Österreich. Der Präsident der Zentralorganisation der Kriegsoffiziere, Österreichs, Karl Baier, erhielt das goldene Ehrenzeichen, Vizepräsident Friedrich Karrer das silberne Ehrenzeichen. Sozialminister Proch würdigte die Verdienste der Ausgezeichneten. Sie bedeuten, sagt er, eine Anerkennung der Arbeit der Zentralorganisation, die die Interessen von rund 400.000 Kriegsverwundeten sowie Witwen und Waisen von Kriegsoffizieren vertritt.

Klub der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte

Montag, 8. d., 15.30 Uhr, Parlament

Genfer Geheimgespräche bis Mitternacht

Genf. Die Außenminister der vier Großmächte haben nach einem Abendessen in der Villa des französischen Außenministers de Merville ihre Geheimgespräche bis halb 12 Uhr nachts fortgesetzt.

Schon vor dem Abendessen hatten ungezwungene Kontakte stattgefunden, die eigentlichen Gespräche des Abends gingen praktisch zwei Stunden hindurch bei Kaffee und Cognak vor sich.

Informierte Kreise ließen verlauten, daß die Atmosphäre am Abend etwas besser als bei den Geheimgesprächen am Nachmittag gewesen sei. Es dürfte jedoch abermals kein

Fortschritt erzielt worden sein. Man habe den Eindruck gewonnen, daß Gromyko nach wie vor bemüht ist, Zeit zu gewinnen, um Instruktionen seiner Regierung abzuwarten.

Aus britischen Konferenzkreisen verlautet, daß auf Erträgen des sowjetischen Außenministers Gromyko Samstag vormittag eine neuerliche Mitteilung der Außenminister stattfinden wird. Der britische Außenminister Selwyn Lloyd, der über das Wochenende nach London zurückkehren wollte, hat aus diesem Grunde auf seine Reise verzichtet. Es wird auch angenommen, daß Gromyko das Wochenende in Genf verbringen wird.

Aus der Republik

Die Kampagne gegen Waldbrunner brach zusammen

Auch die „Neue Front“ verurteilt

Freitag wurde in einem Presseprozess, der sich um die gleiche Materie drehte, die FPÖ-Zeitung „Neue Front“ zu einer Geldstrafe von 2000 Schilling und einer Geldbuße zu 1000 Schilling verurteilt, weil das Blatt in einer Wahlkampfsendernummer Minister Waldbrunner beschuldigt hatte, auf die Zahlung von ungerechtfertigten Provisionen Einfluß genommen zu haben. Die Verteidigung hatte darauf verzichtet, einen Wahrheitsbeweis anzutreten.

Zu unserem Bericht über die vorangegangenen Verhandlungen stellen wir richtig, daß es sich bei der verurteilten Zeitung nicht um die „Mödlinger Nachrichten“, sondern um das ÖVP-Blatt „Mödlinger Zeitung“ gehandelt hat.

Der deutsche Justizminister in Wien

Der Justizminister der Bundesrepublik Deutschland, Fritz Schäfer, der an der Eröffnung der österreichischen Richterwoche in Wolfenbach am Altmsee teilnahm, ist Freitag in Wien eingetroffen. Er besuchte abends als Gast des österreichischen Justizministers Dr. Tschadek die Wiener Staatsoper. Samstag erfolgt die Unterzeichnung der beiden Rechtsabkommen im Bundeskanzleramt.

Sorge wegen der Preissteigerungen

In der letzten Zeit ist ein Steigen der Preise zu verzeichnen. Die Paritätische Lohn-Preis-Kommission, die sich damit zu befassen hätte, kann aber ihre Aufgabe nicht erfüllen, weil noch immer keine neue Regierung gebildet worden ist. Dieser Zustand kann von gewerkschaftlicher Seite nicht mehr lange ertragen werden.

Dies erklärte der stellvertretende Generalsekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Klener, Donnerstag bei einer Tagung von Werkzeitlehrerredakteuren in Wien. Er sagte, daß sich die auf Anregung des Gewerkschaftsbundes ins Leben gerufene Paritätische Kommission zur Erhaltung der Stabilität von Wirtschaft und Währung und damit auch zur Sicherung und Erhöhung der Reallohn im großen und ganzen gut bewährt hat. Die Paritätische Kommission ist jedoch nicht als Dauerinstitution gedacht, sie soll durch Erweiterung ihrer Befugnisse zu einer Wirtschaftskommission umgestaltet werden, was dies bereits im Aktionsprogramm des Gewerkschaftsbundes von 1955 gefordert wurde. Eine solche Kommission sollte zu allen wichtigen Wirtschaftsfragen Stellung nehmen und die notwendigen Entscheidungen beeinflussen können.

Nationalrat Klener forderte dann, daß die Finanzpolitik des Bundes die engen Zusammenhänge mit der Vollbeschäftigungspolitik stehen muß. Über den bevorstehenden Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sagte er, daß auf diesem die Forderung nach Angleichung des Arbeitsrechtes der Arbeiter an das der Angestellten eingehend besprochen werden wird, ebenso die Forderung nach einer gesetzlichen Bestimmung, die klar ausspricht, daß Krankheit den Urlaub unterbricht.

Die Not der Wissenschaft

Forderungen der Hochschulassistenten
Mit der Notlage der österreichischen Hochschulen und des wissenschaftlichen Nachwuchses befaßte sich eine vom Verband der Assistenten der österreichischen Hochschulen im Presseklub Concordia abgehaltene Pressekonferenz.

Der Vorsitzende des Verbandes, Dr. Karl Sailer, und das Vorstandsmittglied Dr. Alois Brusatti teilten mit, daß 70 Prozent der derzeitigen Hochschulprofessoren Assistenten waren. Aus diesem Grund fühlen sich die Assistenten berechtigt, im Namen des gesamten wissenschaftlichen Nachwuchses zu sprechen.

Die Aufgaben der Assistenten nehmen immer mehr zu, weil die Zahl der Studierenden vom Jahr 1955 bis zum Jahr 1958 um 37 Prozent gestiegen ist, während die Zahl der Lehrstellen nur um zweieinhalb Prozent erhöht wurde. An der Hochschule für Welthandel zum Beispiel ist die Hörszahl seit dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegen, hingegen sind nur zwei Assistentenstellen neu geschaffen worden.

Der wissenschaftliche Betrieb an den Hochschulen ist aus diesem Grund der Frage des wissenschaftlichen Nachwuchses verknüpft. In diesem Zusammenhang wurde über die zu geringe Anerkennung der wissenschaftlichen Tätigkeit geklagt. An den Technischen Hochschulen Wien und Graz sind Assistentenstellen von Studenten besetzt, weil die notwendigen Lehrkräfte fehlen. Geringe Bezahlung, ver-

altetes Dienstrecht und Nichtachtung der geistigen Leistungen sind die Gründe, warum es am wissenschaftlichen Nachwuchs mangelt. Der Verband fordert die Besserstellung der Hochschulassistenten in dienstrechtlicher und materieller Hinsicht durch den Staat sowie die Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Arbeit durch die Gesellschaft. Als notwendig wurde die Schaffung von Forschungsanstalten für Grundlagen- und insbesondere für Zweckforschung in Österreich verlangt.

Auch in Salzburg ist die Regierungsbildung schwierig

Die bisherigen Parteienverhandlungen über die Bildung der Salzburger Landesregierung haben kaum eine Annäherung der Standpunkte gebracht, weil die ÖVP, lediglich zu einer kleinen Korrektur der Ressortverteilung zugunsten der FPÖ bereit ist, während die Sozialistische Partei und die FPÖ grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß die Landesverwaltung entsprechend dem Wahlergebnis vom 10. Mai neu geordnet werden muß.

Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigt eine Betrachtung der bisherigen Ressortverteilung in der Landesregierung: die ÖVP, die im neuen Landtag 14 Mandate gegenüber 13 der SPÖ, hat, stellt den Landeshauptmann, der weitgehenden Einfluß auf alle Ressorts ausüben kann; sie will aber auch den Landtagspräsidenten behalten. Von zwölf Abteilungen des Amtes der Landesregierung verwaltet die ÖVP sieben Abteilungen, während drei von SPÖ-Funktionären verwaltet werden, die Aufgaben einer Abteilung zwischen ÖVP und SPÖ geteilt sind und eine Abteilung einem FPÖ-Mandatär untersteht. Auch wenn man vom Finanzressort absieht, das naturgemäß alle Verwaltungszweige beeinflussen, kontrolliert die ÖVP im Land Salzburg die Verwaltung von rund 250 Millionen Schilling, die Sozialistische Partei von rund 30 Millionen Schilling und die FPÖ hat nur die Kontrolle über 250.000 Schilling.

Wenn man demgegenüber beachtet, daß sich nach der letzten Wahl die Wählerstimmen im Verhältnis von 44 Prozent ÖVP, 40 Prozent Sozialistische Partei und 16 Prozent FPÖ verteilen und die Differenz zwischen den beiden großen Parteien nur ein Mandat beträgt, die ÖVP Stimmen verloren und die FPÖ ein Mandat gewonnen hat, wird die Forderung nach einer diesem Wahlergebnis entsprechenden Verteilung der Ressorts in der Landesverwaltung verständlich.

Ekuador: Weitere Unruhen

Die Ruhe angeblich wiederhergestellt

Guayaquil (Ekuador). Die Unruhen in Ekuador haben bisher 28 Todesopfer und mehr als 150 Verletzte gefordert. Der Regierung ist es inzwischen gelungen, die Ruhe wiederherzustellen, doch patrouilliert noch immer Militär durch die Straßen.

Die Unruhen haben auch auf die Hauptstadt Quito und die Stadt Cuenca übergriffen, doch ist es auch dort gelungen, die Ruhe wiederherzustellen.

Der erste Anlaß zu den Demonstrationen war die Protestversammlung von Studenten gegen das Verhalten des Verteidigungs- und des Unterrichtsministers sowie des Polizeichefs von Guayaquil. Bei der Auflösung dieser Massenversammlung machte die Polizei von der Waffe Gebrauch und tötete acht Personen. Als sechs von ihnen beerdigt wurden, kam es neuerlich zu blutigen Zusammenstößen mit der Exekutive. Die Menge bemächtigte sich der Straße und fiel über Geschäfte und Handelshäuser her. Die Studenten, die ursprünglich gegen die Exekutive Stellung genommen hatten, ergriffen nun ihre Partei, um den weiteren Plünderungen Einhalt zu gebieten.

Die Vorgänge in Nikaragua werden untersucht

Washington. Der Rat der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) hat in Washington gegen die Stimmen Venezuelas und Kubas beschlossen, die Invasion in Nikaragua als eine mögliche Bedrohung des Friedens zu untersuchen. Mit dem Beschluß ist die Einberufung einer Konferenz der Außenminister der 21 Mitgliedstaaten der OAS verbunden. Bis zu dieser Konferenz soll eine Sonderkommission die notwendigen Untersuchungen anstellen.

Ein Radiosender der in Nikaragua gelandeten Rebellen meldete unterdessen die Einnahme der Ortschaft Wiwilil im Departement Jinotega im Norden des Landes. Die Rebellen, die ursprünglich gegen die Exekutive und den Staat angeht, haben sich den Revolutionskräften angeschlossen. In der Hauptstadt Managua soll der Generalstreik hundertprozentig wirksam. Dagegen sagen Berichte aus Managua selbst, daß fast 90 Prozent der Betriebe arbeiten.

Karl Honay

Die Sozialistische Bewegung und die Stadt Wien haben neuerlich einen herben Verlust erlitten. Der Wiener Vizebürgermeister Karl Honay ist durch einen Schlaganfall aus ihren Reihen gerissen worden. Mit ihm ist ein echtes Wiener Kind dahingegangen, einer, in dem sich persönlicher Charme und Lebenslust mit einer großen Begabung und echter Gesinnungstreue zu einer lebenswürdigen Einheit verbunden.

Honay war der Sohn eines Ottakringer Arbeiters; er kam am 22. November 1891 in eine Welt, in der es Arbeiterkinder nicht leicht hatten. Als Feinmechanikerlehrling lernte er, neben seinem Handwerk noch etwas anderes: was es hieß, im Öster-



reich der Habsburger ein Lehrbub zu sein. Damals war die Jugendpsychologie noch ein unentdecktes Land, der Jugendschutz kaum in Andeutungen vorhanden, der Lehrling der Ausbeutung und Willkür des „Meisters“ überantwortet. Der junge Karl, als Lehrling hatte er ja nur einen Vornamen, keinen Familiennamen, bäumte sich gegen diese Zustände auf. Er fand den Weg in die Arbeiterjugendbewegung und nahm den Kampf gegen die doppelte Unterdrückung auf, denen er mit seinen Schicksalsgenossen unterworfen war: gegen die Unterdrückung als Arbeiter und gegen die Benachteiligung als Jugendlichen. Mit seinem politischen Verstand, seiner Rednergabe und seinem Geschick, Menschen zu behandeln, setzte er sich bald in der jungen Bewegung der Jungen durch und wurde einer der führenden Funktionäre des Verbandes der Jugendlichen Arbeiter, wie die Organisation, aus der sowohl die heutige Sozialistische Jugend wie die Jugendsektionen der Gewerkschaften entstanden sind, damals hieß. Victor Adler, der große Entdecker von Talenten, veranlaßte die Berufung des jungen Honay in die Wiener Arbeiterkassenkasse. Während des ersten Weltkrieges fiel ihm dann die schwere Aufgabe zu, den Jugendverband zu leiten und am Leben zu erhalten. Er hat seine Aufgabe so erfüllt, daß seine Tätigkeit auch in den Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit allgemein anerkannt wurde.

In der Ersten Republik wurde er, wie so viele andere Vertrauensmänner der Partei, vor ganz große neue Aufgaben gestellt. Zuerst wurde ihm die Rathauskorrespondenz anvertraut, zugleich das Sekretariat des Klubs der sozialdemokratischen Gemeinderäte; später auch das des Städtebundes. Im Jahre 1932 schickten ihn die Ottakringer ins Rathaus, und nun wurde er als Stadtrat in den engsten Kreis der sozialistischen Kommunalpolitiker aufgenommen. Am 12. Februar 1934 übersiedelte er mit dem Bürgermeister Seitz und den anderen sozialdemokratischen Stadträten aus dem Rathaus in das Arnhaltlager, Wöllersdorf. Später haben ihn dann die braunen Faschisten zweimal ins Konzentrationslager geschickt.

Nach dem zweiten Weltkrieg war er ganz selbstverständlich unter denen, die Wiens demokratische Gemeindeverwaltung wieder aufbauten. Er hat seiner Vaterstadt als Finanzreferent, als Personalreferent, als Stadtrat für das Fürsorgewesen und als Vizebürgermeister gedient. Besonders als Stadtrat für das Fürsorgewesen hat er seinen Namen mit dem Ausbau der Kindergärten und der Errichtung der städtischen Ehe- und Lebensberatungsstellen verbunden. Vor allem aber wurde er zum Anwalt der alten Menschen der Stadt Wien. Er hat den Urlaub für die von der Gemeinde Betreuten erfunden, und er ist auch immer wieder zu den alten Menschen gekommen, ihnen beweisend, daß sie in der großen Gemeinschaft ihren wohlverdienten Platz haben. „So“ schließt sich der Kreis: vom Jugendführer bis zum Anwalt der Altgewordenen hat sich Karl Honay in einem